

oder doch verantwortbar eingedämmt und verminder werden könnten. Man überlegt sich aber auch, wie die Raumplanung durch geeignete Zonenausscheidungen längs wichtigen Fernverkehrsstrassen und eine geeignete Ueberbauung in Autobahnnähe mit Immissionsschutzvorkehren an der Verkehrsanlage selbst zusammenwirken könnte.

Wenn Herr Nationalrat Schürmann den Bundesrat ersucht, auf diesem Gebiet entsprechende Abklärungen in die Wege zu leiten, so dürfen wir feststellen, dass dies geschehen ist. Das Amt für Strassen- und Flussbau hat aus Fachleuten staatlicher Stellen, der Hochschulen und privaten Sachverständigen eine Arbeitsgruppe eingesetzt und ihr den Auftrag erteilt, vorläufige Richtlinien darüber aufzustellen, mit welchen rechtlichen, planerischen, baulichen und organisatorischen Massnahmen der Mensch gegen schädliche und lästige Lärmeinwirkungen von Hochleistungsstrassen geschützt werden kann. Diese vorläufigen Richtlinien sollen dreierlei umfassen: Einmal sind die tolerierbaren Lärmgrenzwerte und Lärmmasse zu umschreiben, und es ist ein Katalog der möglichen technischen Lärmekämpfungsmassnahmen an Fahrzeugen und an den Verkehrsanlagen zu erstellen. Sodann sind Richtlinien über rechtliche und organisatorische Massnahmen zum Schutze gegen den Verkehrslärm auszuarbeiten, die sich insbesondere auf die Baulinienbestände, Fragen der Zonenplanung längs Hochleistungsstrassen und Polizeivorschriften für den Strassenverkehr wie örtlich begrenzte Geschwindigkeitsbeschränkungen usw. beziehen. Schliesslich sollen Empfehlungen und Anträge darüber ausgearbeitet werden, wie diese technischen und rechtlichen Massnahmen auf konkrete Planungsfälle anzuwenden sind, welche Kostenfolgen daraus entstehen und welche Kostenverteilung recht und billig wäre.

Die Arbeitsgruppe des Amtes für Strassen- und Flussbau hat ihre Tätigkeit bereits aufgenommen. Da auf diesem Gebiet im In- und Ausland schon viele und gute Vorarbeiten geleistet worden sind, darf erhofft werden, dass die Arbeitsgruppe sehr rasch zu konkreten Schlüssen und Anträgen gelangen wird, was es den Behörden ermöglichen wird, auf diesem im Interesse einer weiten Öffentlichkeit liegenden Gebiet des Immissionsschutzes zweckmässige und einheitliche Entscheidungen zu treffen.

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Ueberwiesen — Transmis

11 517. Postulat Keller.

Wanderwege — Tourisme pédestre

Wortlaut des Postulates vom 18. Dezember 1972

Es ist wohl unbestritten, dass den Fuss- und Wanderwegen in der heutigen Zeit eine besondere Bedeutung zukommt. Man muss dankbar anerkennen, dass verschiedene Organisationen sich dieser Wanderwege annehmen und auch die öffentliche Hand mit Beiträgen das ihrige dazu leistet, so dass wir über ein ansehnliches Netz verfügen. Trotz diesem Einsatz sind die Wander-

wege oft gefährdet, und es sollte noch ein Mehreres für deren Erhaltung und Ausbau getan werden.

Eine Gefährdung liegt z. B. vor:

- wenn Wanderwege nicht durch Fahrverbote geschützt sind und deshalb oft von Motorfahrzeugen befahren werden;
- wenn Naturstrassen und Wege ausgebaut und asphaltiert werden;
- wenn Feldstrassen und Feldwege vernachlässigt werden und verfallen;
- wenn durch Ueberbauungen und Einzäunungen die Wanderwege unterbrochen werden.

Die Wanderwegvereinigungen besitzen die erforderlichen Kompetenzen und die finanziellen Mittel nicht, um Abhilfe zu schaffen. Der Bundesrat wird deshalb ersucht, das Nötige zur Schaffung der Rechtsgrundlagen für die Erhaltung und Förderung des Unterhaltes und des Ausbaues des schweizerischen Wanderwegnetzes zu veranlassen.

Texte du postulat du 18 décembre 1972

Il est incontestable que, de nos jours, le tourisme pédestre prend une importance particulière. On doit reconnaître avec gratitude que différentes organisations s'occupent du tourisme pédestre et que les pouvoirs publics le soutiennent par des contributions pécuniaires, ce qui nous permet de disposer d'un important réseau de chemins pédestres. En dépit de ces efforts, l'existence des chemins pédestres est souvent mise en danger. Il faudrait faire davantage encore pour maintenir les chemins existants et en aménager de nouveaux.

Une menace existe par exemple:

- lorsque des chemins, qui ne sont pas munis de panneaux interdisant la circulation de véhicules à moteur, sont fréquemment empruntés par ces véhicules;
- lorsque des voies naturelles ou des chemins sont élargis et ensuite asphaltés;
- lorsque des routes de campagne ou des chemins sont négligés, puis abandonnés;
- lorsque leur utilisation est interrompue par la construction de bâtiments et l'aménagement de barrières.

Les associations pour le tourisme pédestre ne disposent pas des pouvoirs nécessaires ni des moyens financiers pour remédier à cet état de choses. Le Conseil fédéral est invité en conséquence à faire le nécessaire pour créer les bases légales que requièrent le maintien, l'entretien et l'aménagement du réseau de chemins pédestres de notre pays.

Mitunterzeichner — Cosignataires: Auer, Bächtold-Bern, Binder, Blatti, Brosi, Degen, Eng, Fischer-Bern, Flubacher, Grolimund, Grünig, Gut, Ketterer, Meier Kaspar, Müller-Balsthal, Naegeli, Nef, Raisig, Ribi, Rüegg, Salzmann, Schalcher, Schaller, Schwarz, Suter, Tanner-Thurgau, Trottmann, Waldvogel, Zwygart
(29)

Schriftliche Begründung — Développement par écrit

Eine Wanderung im richtigen Tenue, ob Sommer oder Winter, mit offenem Auge und Herzen für die Schönheiten der Natur, dient nicht nur der körperlichen Gesundheit, sondern hat viel Beglückendes. Man kann Ballast abwerfen, mit der Welt wieder ins Reine kommen und Kraft zu neuen Taten schöpfen.

Aergerlich ist es nur, wenn man sich häufig auf die Seite drücken muss, weil ein Auto oft zu schnell daherkommt, was eine Staubwolke oder verspritzte Kleider zur Folge haben kann. Auch die Reiter sind, so sehr wir Pferde lieben, nicht immer Freunde des Wanderers.

Hört der Weg plötzlich auf, weil irgendwelche Bauten erstellt wurden, oder ist die Markierung mangelhaft, so wird das gewünschte Ziel oft nicht erreicht.

Es wird heute im Zusammenhang mit der Raumplanung so viel von Erholungszonen gesprochen, dass es scheint, dass den mit diesem Postulat aufgeworfenen Fragen der Erhaltung, des Ausbaus und der Förderung der Wanderwege besondere Beachtung geschenkt werden dürfte.

Der Bundesrat wird deshalb ersucht, zu prüfen, ob das Gesetz über die Raumplanung die geeignete Rechtsgrundlage bieten oder ob andere gesetzliche Massnahmen zum gewünschten Ziele führen könnten.

Wir bitten um Entgegennahme und Erheblicherklärung des Postulates.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

Réponse écrit du Conseil fédéral

Der Bundesrat teilt durchaus die Auffassung, wonach den Wanderwegen angesichts der zunehmenden Motorisierung eine immer grösse Bedeutung zukommt.

Was Massnahmen auf dem Gebiete der Raumplanung betrifft, so ist darauf hinzuweisen, dass gemäss Artikel 22quater der Bundesverfassung die Raumplanung eine Aufgabe der Kantone ist.

Der Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Raumplanung enthält zahlreiche materielle Grundsätze, so auch jenen über die Erholungsräume und Schutzgebiete. Das Gesetz gibt den Kantonen die Möglichkeit, die zum Ausbau der Wanderwege notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Die Kantone können ausserdem nach Massgabe der Strassenverkehrsregelung Schutzvorschriften im Interesse der Wanderer erlassen. Eine direkte Unterstützung der Wanderwegbestrebungen leistet der Bund durch die Ausrichtung eines regelmässigen jährlichen Beitrages an die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Wanderwege. Schliesslich sei noch auf den Entwurf zu einem Bundesgesetz über Investitionshilfe für Berggebiete hingewiesen, das Bundesbeiträge zur Restfinanzierung von Erholungsanlagen vorsieht, zu denen ausdrücklich auch die Wanderwege gezählt werden.

Der Bundesrat wird der Förderung der Wanderwege vermehrte Aufmerksamkeit schenken und in diesem Sinne den Kantonen von den Ausführungen des Postulanten Kenntnis geben.

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Ueberwiesen — Adopté

11 612. Interpellation Schläppy. Spitalpersonal — Personnel hospitalier

Wortlaut der Interpellation vom 14. März 1973

Der Mangel an Pflegepersonal in unseren Krankenhäusern wird immer besorgniserregender.

Nach der Bundesverfassung sind die Kantone in erster Linie für die Ausbildung von Pflegepersonal und die Errichtung von Schulen zuständig. Das Rote Kreuz hat nur das Recht, Richtlinien über die Ausbildung aufzustellen und über ihre Durchführung in den von ihm anerkannten Schulen zu wachen.

Infolge der zunehmenden Verschlimmerung der Lage, und da das Volk die Änderung der Bildungsartikel der Verfassung verworfen hat, wird der Bundesrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

Wird er in Zukunft versuchen:

1. Eine bessere Verteilung der Schwestern- und Krankenpflegerschulen auf die verschiedenen Landesgegenden zu fördern?

2. Die Richtlinien für die Ausbildung des Pflegepersonals und die Aufnahmebedingungen für die Schulen anzupassen, damit sie den heutigen Erfordernissen und Bedürfnissen wirklich entsprechen und die Anwerbung von fähigem Personal möglichst begünstigen, was heute leider nicht der Fall ist?

Texte de l'interpellation du 14 mars 1973

La pénurie de personnel soignant qui règne dans les établissements hospitaliers de notre pays devient de plus en plus alarmante.

Ce sont les cantons qui, selon la constitution fédérale, sont au premier chef compétents en matière de formation du personnel soignant et d'implantation d'écoles. Les compétences de la Croix-Rouge se limitent à élaborer des directives concernant la formation et à veiller à leur application dans les écoles qu'elle a reconues.

Cependant, devant l'aggravation constante de la situation et à la suite du refus par le peuple de la modification des articles de la constitution sur l'enseignement, le Conseil fédéral est invité à répondre aux questions suivantes:

Le Conseil fédéral entend-il se préoccuper à l'avenir:

1. De favoriser une meilleure répartition des écoles d'infirmières et d'infirmiers en fonction des différentes régions de notre pays;

2. D'adapter les directives qui régissent la formation du personnel soignant, ainsi que les conditions d'admission dans les écoles afin qu'elles répondent efficacement aux exigences et besoins actuels et favorisent au maximum le recrutement d'un personnel qualifié, ce qui n'est malheureusement pas le cas aujourd'hui.

Schriftliche Begründung — Développement par écrit

L'actuelle pénurie de personnel soignant va chaque jour en s'aggravant. Les hôpitaux les plus coûteux, munis des installations techniques les plus perfectionnées, les homes médicalisés pour personnes âgées les plus modernes ne peuvent remplir leur fonction s'ils n'ont pas à disposition le personnel qualifié nécessaire.

Si, jusqu'à ce jour, les hôpitaux de notre pays ont disposé d'un nombre presque suffisant d'infirmiers et d'infirmières, ce n'est certes pas à la relève assurée par les écoles suisses qu'on le doit, mais c'est grâce surtout aux pays étrangers qui fournissent aux établissements hospitaliers jusqu'à 60 pour cent de leur personnel diplômé. La situation serait catastrophique si ce personnel venait à être rappelé dans son pays d'origine, ce qui

Postulat Keller. Wanderwege

Postulat Keller. Tourisme pédestre

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1973
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	12
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	11517
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	20.06.1973 - 15:30
Date	
Data	
Seite	801-802
Page	
Pagina	
Ref. No	20 002 086